Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/970

28. 03. 95

Sachgebiet 63

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1995
— Drucksachen 13/50 Anlage, 13/414, 13/521, 13/527, 13/528, 13/966, 13/529 —

hier: Einzelplan 25
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 25 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird der Titel 642 01 – Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz – um 600 Mio. DM erhöht.
2. In Kapitel 25 02 – Allgemeine Bewilligungen – wird in der Titelgruppe 02 – Förderung des sozialen Wohnungsbaus – bei Titel 882 29 – Zuweisungen an Länder für Investitionen in Regionen mit erhöhter Wohnungsnachfrage, Sonderprogramm für Ballungsgebiete – der Verpflichtungsrahmen für das Förderprogramm 1995 um 560 Mio. DM erhöht.

Bonn, den 28. März 1995

Rudolf Scharping und Fraktion

Begründung

1. Angesichts der Mietbelastung vor allem kleiner Haushalte ist eine Novellierung des Wohngeldgesetzes für die alten Bundesländer, das seit 1990 den stark gestiegenen Mieten nicht mehr angepaßt worden ist, längst überfällig. Die Einführung des Vergleichsmietensystems in den neuen Bundesländern muß sozial abgesichert werden durch Verbesserungen beim Wohngeld, insbesondere für Bezieher niedriger Einkommen.

2. Angesichts der akuten Wohnungsunterversorgung insbesondere bei bezahlbarem Wohnraum ist es notwendig, mindestens den aktuellen Stand bei den Fertigstellungen durch Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel zu halten. Der klassische soziale Wohnungsbau mit langfristigen Bindungen ist auch in Zukunft unverzichtbar. Das Ballungsgebieteprogramm im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus muß in der ursprünglichen Höhe weitergeführt werden.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333